

204203-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Photovoltaische Solarmodule/Solarzellen – Coburg - 02S2 - Rahmenvertrag - PV-Anlagen auf Dachflächen städtischer Liegenschaften sowie Lieferung von PV-Strom

OJ S 59/2026 25/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

E-Mail: beschaffungsamt@coburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Coburg - 02S2 - Rahmenvertrag - PV-Anlagen auf Dachflächen städtischer Liegenschaften sowie Lieferung von PV-Strom

Beschreibung: PV-Anlagen auf Dachflächen städtischer Liegenschaften sowie Lieferung von PV-Strom

Kennung des Verfahrens: 5ded23e8-181c-45ee-87b8-6b777fd5e808

Interne Kennung: 1200-0452-2025/001685

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 09331200 Photovoltaische Solarmodule/Solarzellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71314000 Dienstleistungen im Energiebereich, 09310000

Elektrizität, 65310000 Stromversorgung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Markt 1

Stadt: Coburg

Postleitzahl: 96450

Land, Gliederung (NUTS): Coburg, Kreisfreie Stadt (DE243)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: siehe §§ 123 und 124 GWB
Korruption: siehe §§ 123 und 124 GWB
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: siehe §§ 123 und 124 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: siehe §§ 123 und 124 GWB
Betrug: siehe §§ 123 und 124 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: siehe §§ 123 und 124 GWB
Zahlungsunfähigkeit: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: siehe §§ 123 und 124 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: siehe §§ 123 und 124 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: siehe §§ 123 und 124 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: siehe §§ 123 und 124 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: siehe §§ 123 und 124 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: siehe §§ 123 und 124 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: siehe §§ 123 und 124 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: siehe §§ 123 und 124 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: siehe §§ 123 und 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Coburg - 02S2 - Rahmenvertrag - PV-Anlagen auf Dachflächen städtischer Liegenschaften sowie Lieferung von PV-Strom

Beschreibung: Die Stadt Coburg möchte aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes sowie zum Abmildern der Folgen des Klimawandels den Ausbau von Photovoltaikanlagen (nachfolgend: PV-Anlagen) auf dem Gebiet der Stadt beschleunigen. Ziel ist es, alle direkt geeigneten Liegenschaften mit PV-Anlagen auszurüsten. Daher plant die Stadt, städtische Liegenschaften bzw. die zugehörigen Dachflächen für die Errichtung und den Betrieb von PV-Anlagen freizugeben. Zu diesem Zwecke stellt die Stadt dem Nutzungsberechtigten die für die Errichtung der PV-Anlagen benötigten Dachflächen auf ihren Gebäuden sowie notwendige Nebenanlagen zur Verfügung. Zur Erreichung der vorgesehenen Ausbauziele ist es erforderlich, dass der Nutzungsberechtigte die PV-Anlagen tatsächlich zeitnah errichtet und dauerhaft betreibt. Der in den PV-Anlagen erzeugte Strom soll dabei grundsätzlich innerhalb der jeweiligen Liegenschaft an die Stadt geliefert (sog. Onsite-PPA) und der überschüssige Strom, welcher den zeitgleichen Strombedarf der jeweiligen Liegenschaft übersteigt, von dem

Nutzungsberechtigten in das Netz der allgemeinen Versorgung eingespeist werden; in welcher Form der Nutzungsberechtigte den eingespeisten (Überschuss-)Strom vermarktet oder abgibt, steht ihm dabei frei.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 09331200 Photovoltaische Solarmodule/Solarzellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71314000 Dienstleistungen im Energiebereich, 09310000

Elektrizität, 65310000 Stromversorgung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optionale Vertragsverlängerung

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung und hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, soweit sie nicht vom Auftraggeber mit einer Frist von jeweils drei Monaten zum nächstvorgesehenen Laufzeitende gekündigt wird, höchstens aber auf vier Jahre.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#Es werden während der gesamten Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung (4 Jahre) schätzungsweise 15 Liegenschaften mit PV-Anlagen ausgerüstet. Höchstgrenze sind 40 Liegenschaften.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Dachflächen von öffentlichen Gebäuden stellen ein großes Potenzial dar, um die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auszubauen und damit einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Aus diesem Grund hat die Stadt Coburg insbesondere den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien zu einem Klimaschutzziel bestimmt.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Anpassung an den Klimawandel

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Liefer- oder Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Liefer- beziehungsweise Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wurden Referenzen über Leistungen, die in den

letzten 5 Jahren (die 5-Jahresfrist endet mit Ablauf der Teilnahmefrist) erbracht worden sind, berücksichtigt. Die Leistungen sind innerhalb der letzten 5 Jahre beendet worden (Beginn kann außerhalb der 5-Jahresfrist liegen). Mindestanforderungen: Es müssen mindestens vier vergleichbare Referenzen über die Errichtung oder den Betrieb von PV-Installationen aus den vergangenen 5 Geschäftsjahren eingereicht werden. Jede dieser vier Referenzen muss folgende Kriterien erfüllen: - Die Anlagen müssen für denselben Auftraggeber errichtet worden sein. - Es muss sich um mindestens zwei separate Anlagen auf unterschiedlichen Dachflächen handeln (keine Freiflächenanlagen). - Die Anlagen müssen bereits in Betrieb sein. - Die Anlagen müssen in Summe mindestens 100 kWp Nennleistung haben (Dieser Wert kann auch durch die Zusammenfassung von mehr als 2 Anlagen in einer Referenz erreicht werden). Der Nachweis der vier geforderten Referenzen ist ZWINGEND über das von der ausschreibenden Stelle hierfür zur Verfügung gestellte "Formblatt 6 - Referenzen" zu führen. Es werden ausschließlich die über dieses Formblatt nachgewiesenen Referenzprojekte bei der Prüfung und Wertung berücksichtigt. Je Referenz ist ein zusätzliches Projektblatt (pro Projekt maximal vier DIN A 4 Blätter) mit Darstellung des Referenzprojektes gestattet. Form der Nachweisführung: Eigenerklärung über FORMBLATT 6 -REFERENZEN (siehe Vergabeunterlagen)

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Ausführungskonzept

Beschreibung: Der Bieter muss mit seinem Angebot ein Ausführungskonzept einschl. detailliertem Ablaufplan für die Errichtung und die Inbetriebnahme der PV-Anlagen einreichen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Angebotspreis (ct. / kWh)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19b2bffb1aa-1a320c669e589662

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 21/04 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit -der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftrag eben nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, -Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, -mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter/Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst 10 Kalendertagen nach Absendung (per

Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter/Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der Betroffenen Bieter/Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Registrierungsnummer: 09463000-0001SC1200-50

Postanschrift: Steingasse 18

Stadt: Coburg

Postleitzahl: 96450

Land, Gliederung (NUTS): Coburg, Kreisfreie Stadt (DE243)

Land: Deutschland

E-Mail: beschaffungsamt@coburg.de

Telefon: +49 9561893155

Fax: +49 95618963155

Internetadresse: <https://www.coburg.de/Vergabeseite>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern

Registrierungsnummer: 09-0358002-61

Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern
Registrierungsnummer: 09-0358002-61
Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)
Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

6df99fac-f3e5-4eba-8534-547225d4a1be-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Konkretisierung der Mindestanforderungen an die einzureichenden Referenzen

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ea70a648-ac95-4941-b3b9-a3627b152f78 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/03/2026 08:43:52 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 204203-2026

